

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2016
25.11. – 27.11.2016 in Wolfsburg

Antrags-Nr.: 1.10-11

Thema: Legale und gefahrenfreie Zugangswege für Schutzsuchende in die EU

Die Bundeskonferenz der AWO fordert den AWO Bundesverband auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine humanere und solidarischere Migrationspolitik in Europa einzusetzen.

Gemeinsam fordern wir:

- legale und gefahrenfreie Zugangswege für Schutzsuchende in die EU zu schaffen, damit das Sterben vor Europas Grenzen beendet wird,
- eine Lösung der Flüchtlingssituation auf europäischer Basis zu suchen. Die EU darf sich in der Flüchtlingspolitik nicht in Abhängigkeit zur Türkei begeben. Es ist nicht zu tolerieren, dass Schutzsuchende zum Spielball staatlicher Einzelinteressen werden,
- die sofortige Beendigung der Verschiebep Praxis von Geflüchteten zwischen Griechenland und der Türkei im Rahmen des EU-Türkei-Abkommens. Das Abkommen verstößt gegen die Menschenrechte. Die Massenabschiebungen sind illegal und verletzen die individuellen Rechte der Schutzsuchenden,
- die Achtung der Menschenrechte an Europas Grenzen. Die katastrophalen Zustände in den Auffanglagern Griechenlands, Italiens und der Türkei sind menschenunwürdig,
- Geflüchteten die Weiterreise zu Verwandten innerhalb der EU zu ermöglichen.